

Es informiert Sie	Petra Paßmann
Telefon (0202)	563 66 97
Fax (0202)	563 80 50
E-Mail	Petra.Passmann@stadt.wuppertal.de
Datum	30.01.04

---

## **Niederschrift**

### **über die öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses am 29.01.2004**

Anwesend sind

#### **Vorsitz**

Herr Klaus Jürgen Reese ,

#### **von der CDU-Fraktion**

Herr Ralf Geisendörfer, Herr Hans-Herbert Grimm, Herr Franz-Adalbert Grunwald, Herr Stv. Horts Hombrecher, Herr Stefan Kleusch,

#### **von der SPD-Fraktion**

Herr Winfried Arenz, Herr Matthias Dohmen, Herr Andreas Mucke, Herr Oliver-Siegfried Wagner,

#### **von der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN**

Herr Lorenz Bahr,

#### **von der FDP-Fraktion**

Herr Jürgen Henke,

#### **als sachkundige Einwohner**

Herr Theo Beer (IHK), Herr Eckhard Idelberger (BDB), Herr Christian Limbach (Umweltverbände),

#### **von der Verwaltung**

Herr Thomas Uebrick (GBL 1.2), Herr Osthoff (100.2), Herr Michael Walde (R 101), Frau Galvagni (R 105), Herr Wirtz (R 105), Herr Rothgang (R 106),

Schriftführerin:

Petra Paßmann

Beginn: 16:05 Uhr

Ende: 17:00 Uhr

## I. Öffentlicher Teil

---

### 1 **Stellplätze im Innenstadtbereich am Beispiel Bembergerstraße/Ecke Hofaue** **Vorlage: VO/2416/03**

Unter Hinweis auf die durch die Aufhebung der Stellplatzverzichtssatzungen ausgelöste Problematik erläutert **Herr Stv. Bahr** kurz den Antrag seiner Fraktion.

**Herr Stv. Henke** möchte nicht nur den Einzelfall behandelt wissen, sondern sieht hier ein Problem genereller Art.

**Herr Beig. Uebrick** informiert, dass die Verwaltung – unabhängig von dem vorliegenden Antrag - zur nächsten Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses am 11.03.04 einen entsprechend breit angelegten Bericht vorlegen wird.

Es besteht Einvernehmen, den Bericht der Verwaltung in der nächsten Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses am 11.03.04 zu behandeln.

---

### 2 **Änderung Bemessungsgrundlage Ausgleichszahlungen** **Vorlage: VO/2482/04**

**Herr Stv. Henke** nimmt gem. § 31 GO NRW nicht an Beratung und Beschlussfassung teil.

**Herr Stv. Mucke** verdeutlicht die Intention des Antrages. Mit einer reduzierten Bemessungsgrundlage hoffe seine Fraktion auf eine auch weiterhin gemischte soziale Bevölkerungsstruktur in den Stadtteilen.

**Herr Stv. Grimm** bittet in diesem Zusammenhang, die Auswirkungen einer entsprechenden Veränderung darzustellen.

**Herr Beig. Uebrick** informiert, dass die Verwaltung zur nächsten Sitzung eine Stellungnahme erarbeiten wird.

#### Beschluss des Stadtentwicklungsausschusses vom 29.01.2004:

Eine Entscheidung wird daher bis zur nächsten Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses am 11.03.04 zurückgestellt.

Einstimmigkeit.

---

### 3.1 **Landschaftsplanverfahren - Landschaftsplan Nord - Satzungsbeschluss** **Vorlage: VO/2383/03**

**Herr Stv. Reese** regt unter Hinweis auf die umfangreichen Änderungsanträge an, die Themenblöcke in der nächsten Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses

zu beraten und zu entscheiden. Bis dahin bitte er die Verwaltung, eine Synopse aus den Vorschlägen der Verwaltung, den als Tischvorlage verteilten vorliegenden Änderungswünschen der Fraktion B 90/GRÜNE und der Umweltverbände als auch den Empfehlungen der Bezirksvertretungen zu erstellen, die Punkt für Punkt abgearbeitet werden könne.

**Herr Rothgang** informiert in diesem Zusammenhang über den geänderten Zeitplan für die Landschaftspläne, die nunmehr parallel mit dem Flächennutzungsplan (FNP) Ende März durch den Rat entschieden werden sollen.

Anschließend geht er näher auf die von **Herrn Stv. Hombrecher** als beispielhaft eingebrachten Fragen der BV Vohwinkel nach der FFH-„Schattenliste“ und dem Staatsforst Burgholz ein. Hier gebe es einerseits die Zusage, landwirtschaftliche Gebäude und Ackerflächen aus den besonderen Schutzfestsetzungen herauszunehmen. Bezogen auf den Staatsforst sei es ausdrücklicher Wille des Landes, die Naturschutzfestsetzungen auf das Staatseigentum zu konzentrieren. Damit verbleibe das Burgholz im Verantwortungsbereich des Landes.

**Herr Limbach** betont noch einmal den Aspekt einer nachhaltigen Politik. Insofern sollten beim FNP alle Brachflächen und Wohnbaumöglichkeiten berücksichtigt werden. Hier sehe er aber Defizite und fehlerhaft erfasste Bedarfe. Eine Umsetzung der Pläne in der vorgeschlagenen Form können die Umweltverbände nur als „ökologische Katastrophe“ werten.

Nach Auffassung von **Herrn Beer** braucht Wuppertal Entwicklungsperspektiven insbesondere für den gewerblichen aber auch den Wohnbaubereich. Entsprechende Angebote für die Zukunft und für Investitionen müssen vorgehalten werden. Eine restriktive Grundhaltung verhindere dagegen eine positive Entwicklung.

#### Beschluss des Stadtentwicklungsausschusses vom 29.01.2004:

Es besteht Einvernehmen, die TOP 3. „Landschaftsplan-Nord“, 4. „Landschaftsplan-West“ und 5. „Flächennutzungsplan 2004“ zunächst als eingebracht anzusehen und in der nächsten Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses am 11.03.04 zu beraten und zu entscheiden.

Die Verwaltung wird als Beratungsgrundlage eine Synopse aus den Vorschlägen der Verwaltung, den als Tischvorlage verteilten vorliegenden Änderungswünschen der Fraktion B 90/GRÜNE und der Umweltverbände als auch den Empfehlungen der Bezirksvertretungen erstellen.

Einstimmigkeit.

---

### 3.2 **Änderungsantrag zu VO/2383/03 Landschaftsplan Nord** **Vorlage: VO/2533/04**

Tischvorlage gilt als eingebracht. Beratung und Entscheidung werden auf die nächste Sitzung vertagt (s. Diskussion und Beschlussfassung zu TOP 3.)

---

**3.3      Änderungsantrag der Umweltverbände zu VO/2383/03 - Landschaftsplan Nord**  
**Vorlage: VO/2544/04**

Tischvorlage gilt als eingebracht. Beratung und Entscheidung werden auf die nächste Sitzung vertagt (s. Diskussion und Beschlussfassung zu TOP 3.)

---

**4.1      Landschaftsplanverfahren - Landschaftsplan West - Satzungsbeschluss**  
**Vorlage: VO/2387/03**

Eingebracht. Beratung und Entscheidung werden auf die nächste Sitzung vertagt (s. Diskussion und Beschlussfassung zu TOP 3.)

---

**4.2      Änderungsantrag zu VO/2387/03 Landschaftsplan West**  
**Vorlage: VO/2535/04**

Tischvorlage gilt als eingebracht. Beratung und Entscheidung werden auf die nächste Sitzung vertagt (s. Diskussion und Beschlussfassung zu TOP 3.)

---

**4.3      Änderungsantrag der Umweltverbände zu VO/2387/03 - Landschaftsplan West**  
**Vorlage: VO/2545/04**

Tischvorlage gilt als eingebracht. Beratung und Entscheidung werden auf die nächste Sitzung vertagt (s. Diskussion und Beschlussfassung zu TOP 3.)

---

**5.1      Flächennutzungsplan der Stadt Wuppertal**  
**- Feststellungsbeschluss -**  
**Vorlage: VO/2314/03**

Eingebracht. Beratung und Entscheidung werden auf die nächste Sitzung vertagt (s. Diskussion und Beschlussfassung zu TOP 3.)

---

**5.2      Änderungsantrag zu VO/2314/03 FNP**  
**Vorlage: VO/2536/04**

Tischvorlage gilt als eingebracht. Beratung und Entscheidung werden auf die nächste Sitzung vertagt (s. Diskussion und Beschlussfassung zu TOP 3.)

---

**5.3 Änderungsantrag der Umweltverbände zu VO/2314/04 -  
Flächennutzungsplan  
Vorlage: VO/2542/04**

Tischvorlage gilt als eingebracht. Beratung und Entscheidung werden auf die nächste Sitzung vertagt (s. Diskussion und Beschlussfassung zu TOP 3.)

---

**6 Bauleitplanverfahren Nr. 1066 - Engineering Park Wuppertal (Generaloberst Hoepner-Kaserne)  
Vorlage: VO/2419/03**

**Herr Stv. Henke** benötigt vor einer Entscheidung weitere Informationen zu dem Junktin „Möbelmarkt“. Insbesondere fehle ihm eine Definition mit Aussagen zur Gestaltung und - mit Blick auf die Innenstädte – auch zum Warensortiment.

Für **Herrn Stv. Bahr** stellt eher der Standort des geplanten Marktes (in einem regionalen Grünzug) ein Problem dar. Für ihn mache eine Orientierung in Richtung Baumarkt mehr Sinn.

Im Sinne eines - auch ökonomischen - Flächenrecyclings unterstützt **Herr Stv. Mucke** die Planungen voll und ganz.

**Herr Stv. Reese** stellt fest, dass ein grundsätzlich tragfähiges und durch den Möbelmarkt auch finanzierbares Konzept vorliege. Detailfragen müssten sicherlich im Bauleitplanverfahren und dann im AVB behandelt werden.

**Herr Beig. Uebrick** erklärt auf Frage von **Herr Stv. Hombrecher**, dass in dem „Engineering Park Wuppertal“ ein Standort für Hochtechnik für die Bereiche Automobil-, Werkzeug- und Maschinenbau als zentraler Bestandteil der Technologieachse Süd geschaffen werden solle.

Beschluss des Stadtentwicklungsausschusses vom 29.01.2004:

1. Die Machbarkeitsstudie wird als Grundlage für die weitere Projektentwicklung und für das Bauleitplanverfahren zur Kenntnis genommen.
2. Die Aufstellung des Bauleitplanes Nr. 1066 - Engineering Park Wuppertal (Generaloberst Hoepner-Kaserne) – (Flächennutzungsplanänderung und Bebauungsplan) zwischen der L 419 (Oberbergische Straße/ Parkstraße), dem ehemaligen Standortübungsplatz, der Straße Scharpenacker Weg und dem Schlie-mannweg – wie im beigefügten Übersichtsplan näher dargestellt – wird gemäß § 2(1) BauGB beschlossen. Gemäß § 3(1) BauGB wird eine frühzeitige Bürgerbeteiligung durchgeführt. Eine Prüfung der Umweltverträglichkeit gemäß § 2 UVP (Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung) ist durchzuführen.

Einstimmigkeit.

---

**7 Antrag der Stadt Wuppertal auf Änderung des Gebietsentwicklungsplans im Bereich Eskesberg / Pahlkestraße / Aprather Weg**  
**Vorlage: VO/1915/03**

**Herr Stv. Bahr** und **Herr Limbach** bitten unter Hinweis auf entsprechende Änderungsanträge zu den TOP 3., 4. und 5. den Punkt ebenfalls auf die nächste Sitzung zu vertagen.

**Herr Beig. Uebrick** verweist auf die lange Vorgeschichte in diesem gesondert zu betrachtenden Fall sowie die ausführliche Abstimmung mit der Bezirksregierung. Aus seiner Sicht ist eine Verknüpfung zum FNP bzw. zu den Landschaftsplänen nicht gegeben und eine Entscheidung somit möglich.

**Herr Stv. Mucke** sieht in der Sanierung einerseits bzw. im Recyclen einer quasi innerstädtischen Fläche für Gewerbe Zwecke eine Chance, Flächenverbräuche an anderer Stelle zu reduzieren. Er spreche sich daher für die vorgeschlagene Änderung des Gebietsentwicklungsplanes aus.

Beschluss des Stadtentwicklungsausschusses vom 29.01.2004:

Die Verwaltung wird beauftragt, die Gebietsentwicklungsplanänderung für den Bereich Eskesberg/Pahlkestraße/Aprather Weg entsprechend der beigefügten Neufassung zu beantragen.

Einstimmigkeit.

---

**8 Neunutzung des Bunkers am Platz der Republik**  
**Vorlage: VO/2420/03**

**Herr Stv. Henke** wertet die überarbeitete Planung positiv und sieht in dem Markt sogar eine Bereicherung für den Stadtteil. Er empfehle aber bezüglich des Anbaus, die Pläne vor einer Konkretisierung bei Bedarf in den Gestaltungsbeirat einzusteuern.

**Herr Stv. Reese** und **Herr Stv. Geisendörfer** begrüßen das kreative und mutige Konzept.

Beschluss des Stadtentwicklungsausschusses vom 29.01.2004:

Das vorliegende Planungskonzept wird als Grundlage für die Neunutzung des Bunkers beschlossen.

Einstimmigkeit.

---

**9 Regionales Einzelhandelskonzept Bergisches Städtedreieck  
hier: Erarbeitung unter Hinzuziehung eines externen Beraters- Festlegung  
der Rahmenbedingungen  
Vorlage: VO/2409/03**

Beschluss des Stadtentwicklungsausschusses vom 29.01.2004:

Die Verwaltung wird beauftragt - vorbehaltlich der entsprechenden 60%-Förderung und unmittelbaren Bereitstellung der Mittel durch das Land – wie nachstehend dargestellt, die Erarbeitung des regionalen Einzelhandelskonzeptes durch das Fachbüro ECON-CONSULT auf der Grundlage des Angebotes vom 06.11.2003 zu vergeben.

Einstimmigkeit.

---

**10 Bürgerbeteiligung innerhalb der Stadtverwaltung - Sachstandsbericht -  
Vorlage: VO/2277/03**

**Herr Stv. Mucke** dankt zunächst für den umfassenden Bericht. Gerade im Hinblick auf die Diskussion zur strategischen Steuerung könne die SPD-Fraktion aber auf eine **Konzeption** für eine **verstärkte** Bürgerbeteiligung nicht verzichten.

**Herr Stv. Henke** sieht die Forderungen des FDP-Antrages mit dem vorgelegten Bericht nicht erfüllt. Gerade der Planungsbereich mit den institutionalisierten Anhörungen mache deutlich, dass diese Beteiligungen in aller Regel zu spät einsetzen. Hier böten sich andere Instrumente wie z. B. die Planungszelle – möglicherweise in einer „Light“-Variante – an.

**Herr Stv. Bahr** vermisst ebenfalls ein ausgestaltetes Konzept. Bewusst eingesetzte Planungszellen - z. B. grundsätzlich für Großprojekte - wären ein Ansatz. In einer Elternbeteiligungen/Beteiligung von Fördervereinen sehe er zwar einen gewissen Kundenservice, lege dies aber keinesfalls als Stärkung der Bürgerbeteiligungen an.

**Herr Stv. Henke** kann die Befürchtungen hinsichtlich möglicher personellen Engpässe zwar nachvollziehen, lege aber für die künftige Arbeit mehr Wert auf eine verbesserte Bürgerbeteiligung. Gerade bezogen auf den Planungsbereich bitte er die Verwaltung hier konkret nachzuarbeiten.

Für **Herrn Beig. Uebrick** ist nicht klar, in welche Richtung der Antrag konkret ziele. Die Vorlage mache deutlich, dass an vielen Stellen der Verwaltung eine Bürgerbeteiligung stattfinde.

Darüber hinaus enthalte das Managementprogramm der Stadt Wuppertal an vielen Stellen Hinweise für gesonderte Bürgerbeteiligungen. In der nächsten Sitzungsrunde des Rates werde das Programm gemeinsam mit dem Haushaltsplan vorgestellt. Vor dem Hintergrund des Personalabbaus ist eine Ausweitung personalintensiver Bürgerbeteiligungen nicht ohne Weiteres denkbar.

Vor der Sommerpause habe der Planungsbereich bereits umfassend dargelegt, wie Bürgerbeteiligungen (u. A. auch Planungszelle) aussehen könnten. In diesem Zusammenhang wurde eine Einbeziehung auch anderer Leistungseinheiten der Verwaltung eingefordert, die zu der umfangreichen Erhebung geführt habe.

Vor diesem Hintergrund und aufgrund des engen Zusammenhangs mit den



(personellen und finanziellen) Ressourcen schlage er vor, die Diskussion in Verbindung mit dem Papier „Strategische Steuerung“ weiterzuführen.

Für **Herrn Stv. Reese** ist es denkbar, eingebunden in das Thema „Strategische Steuerung“ ein Konzept „verstärkte Bürgerbeteiligung“ vorzustellen.

Beschluss des Stadtentwicklungsausschusses vom 29.01.2004:

1. Der Bericht wird entgegengenommen.
2. Punkt 2. des Beschlussvorschlages wird abgelehnt.

Die Verwaltung wird beauftragt, in Anlehnung an das Thema „Strategische Steuerung“ ein Konzept „verstärkte Bürgerbeteiligung“ zu erarbeiten und vorzustellen.

Einstimmigkeit.

Reese  
Vorsitzender

Paßmann  
Schriftführerin